



Grosser Stadtrat der Stadt Schaffhausen

PROTOKOLL

Sitzung Nr. 11

Dienstag, 22. August 2006

17:04 - 19:14 Uhr

Grossratssaal der Rathauslaube

Genehmigt am: 28.08.06

Vorsitz:	Dr. Paul Bösch	OeBS
Protokoll:	Gabriele Behring-Hirt	Nichtmitglied
Stimmzähler:	Erwin Sutter Rolf Amstad	EDU SP
Anwesend:	Von total 50 Mitgliedern: Ratspräsident und 49 Mitglieder	
Entschuldigt: Ganze Sitzung:	Marcel Wenger	Stadtpräsident
Schluss der Sitzung:	Thomas Hauser	FDP

TRAKTANDEN

1	VdSR Bericht über die hängigen Motionen	Seite	354
2	VdSR Eichenstrasse 1 bis 48, Alleeweg 16 und 17, Aktualisierung der Baurechtsverträge durch Neuabschlüsse	Seite	370
3	Interpellation Theresia Derksen (CVP): Örtliche Zusammenlegung von Verwaltungsabteilungen	Seite	372
4	Motion Edgar Zehnder (SVP): Massnahmen gegen den Missbrauch von Sozialhilfe	Nicht behandelt	
5	Motion Lotti Winzeler (OeBS): Förderung vielfältiger Wohnformen im Alter	Nicht behandelt	
6	Interpellation Christoph Schlatter (SP): Welche Haltung nimmt der Stadtrat zum verschärften Asylgesetz ein?	Nicht behandelt	
7	Motion Walter Hotz (FDP): Eckwerte Leistungsauftrag für Stadtzug Schaffhauser Polizei	Nicht behandelt	
8	Motion Urs Tanner (SP): Road pricing	Nicht behandelt	

PENDENTE GESCHÄFTE

EINGANG	TITEL DES GESCHÄFTES	
07.01.03	VdSR-Machbarkeitsstudie neues Fussballstadion	SPK
09.05.06	Motion Edgar Zehnder (SVP): Massnahmen gegen den Missbrauch von Sozialhilfe	
16.05.06	VdSR Erneuerung der Kehrrichtbehandlungsanlage KBA Hard in Beringen, Projekt und Kostenvoranschlag	SPK
29.05.06	Motion Lotti Winzeler (OeBS): Förderung vielfältiger Wohnformen im Alter	
30.05.06	VdSR Revision der Gebührenverordnung Baubewilligungsverfahren	SPK
13.06.06	VdSR Totalrevision der Feuerwehrverordnung und der Tarifverordnung für die Verrechnung von kostenpflichtigen Feuerwehreinsätzen der Stadt Schaffhauen	SPK
20.06.06	Interpellation Christoph Schlatter (SP): Welche Haltung nimmt der Stadtrat zum verschärften Asylgesetz ein?	
20.06.06	Motion Walter Hotz (FDP): Eckwerte Leistungsauftrag für Stadtzug Schaffhauser Polizei	
27.06.06	Vorlage des Ratsbüros Änderung der Geschäftsordnung des Grossen Stadtrates Schaffhausen (Einführung des Postulates)	SPK
31.07.06	Vorlage des Stadtrates vom 4. Juli 2006: Einführung WoV-Betrieb nach den Bedürfnissen der Stadt Schaffhausen	SPK
15.08.06	Interpellation Kurt Zubler (SP): Integration behinderter Kinder in städtischen Kinderkrippen	
15.08.06	VdSR Abgabe der Liegenschaft Hintersteig 3 im Baurecht	GPk
22.08.06	Interpellation Peter Möller (SP): Schwimmunterricht an den Stadt Schaffhauser Schulen	

2006 Kleine Anfragen:

4	Stephan Schlatter (SVP)	Schulhaus Breite: Wie weiter?	20.01.06
8	Martin Egger (FDP)	Finanzielle Unterstützung für ein Gutachten von John Large	05.07.06
9	Peter Neukomm (SP)	Nischenarbeitsplätze bei der Stadt	07.07.06
10	Mehmet Ertogrul (SP)	Qualifikationsgespräche mit den Lehrpersonen	14.08.06

BESCHLÜSSE UND ERLEDIGTE GESCHÄFTE

Traktandum 1 VdSR Bericht über die hängigen Motionen

Der Grosse Stadtrat heisst die Vorlage des Stadtrates vom 11. April 2006 und die von der GPK mit Datum 22. Juni 2006 vorgeschlagenen Anträge in der Schlussabstimmung mit 47 : 0 Stimmen wie folgt gut:

1. Der Grosse Stadtrat nimmt Kenntnis vom Bericht des Stadtrates über die hängigen Motionen vom 11. April 2006 und von den Anträgen der GPK vom 22. Juni 2006.
2. Weiterzubehandeln sind mit Fristverlängerung gemäss *Paragraph 54 Abs. 2* der Geschäftsordnung die Motionen:

Heinz Sulzer betreffend Nutzungsplanung für das Gebiet der Altstadt,
Fristverlängerung bis 31.12.2007

Herbert Bühl betreffend Schutz von Brandmauern, Fassaden und Dächern
und der erhaltenswerten Bausubstanz in der Altstadtzone, Fristverlängerung
bis 31.12.2007

Bruno Merlo betreffend Finanzielle Entlastung der Stadt Schaffhausen,
Fristverlängerung bis 31.12.2007

Bernhard Egli betreffend Güterhof im Dornröschenschlaf, Fristverlängerung
bis 31.12.2007

Dr. Raphaël Rohner betreffend Reorganisation des Stadtschulrates,
Fristverlängerung bis 31.12.2007

Thomas Neukomm betreffend Gestaltung des öffentlichen Raumes,
Fristverlängerung bis 31.12.2006

Rolf Amstad betreffend Dorfzentrum Herblingen, Fristverlängerung bis
31.12.2007

Dr. Raphaël Rohner betreffend Einführung des Postulates, Fristverlängerung
bis 31.12.2007

Dr. Raphaël Rohner betreffend Totalrevision des Polizeiverordnung der Stadt
Schaffhausen, Fristverlängerung bis 31.12.2007

Edgar Mittler betreffend City Card für Stadtschaffhauserinnen und
Stadtschaffhauser, Fristverlängerung bis 31.12.2007

Jakob Deppe betreffend Mittagstische für alle Quartierschulhäuser in
Schaffhausen, Fristverlängerung bis 31.12.2007

3. Weiterzubehandeln ist mit Fristverlängerung gemäss *Paragraph 54 Abs. 3* der Geschäftsordnung die Motion:

Peter Wullschleger betreffend gesunde und attraktive Finanzen,
Fristverlängerung bis 31.12.2007

4. Abgeschrieben wird gemäss Paragraph 54 Abs. 3 der Geschäftsordnung die Motion Rainer Schmidig betreffend Art. 50 der Stadtverfassung: Der Stadtschulrat.

Traktandum 2 VdSR Eichenstrasse 1 bis 48, Alleeweg 16 und 17, Aktualisierung der Baurechtsverträge durch Neuabschlüsse

Der Grosse Stadtrat heisst die Vorlage des Stadtrates vom 16. Mai 2006 und die Anträge sowie die Beilagen wie folgt gut:

1. Der Grosse Stadtrat stimmt der Löschung der Baurechtsverträge der Liegenschaften Eichenstrasse 1 bis 48 und Alleeweg 16 und 17 und dem Abschluss neuer Baurechtsverträge gemäss den in der Vorlage des Stadtrates vom 16. Mai 2006 genannten Bedingungen zu.
2. Bei jenen Baurechten, deren Berechtigte ihre Zustimmung zum Abschluss des neuen Vertrages nicht abgeben, behalten die bestehenden Verträge Gültigkeit.

Der Ratspräsident verzichtet infolge offensichtlicher Einstimmigkeit auf eine Schlussabstimmung.

Traktandum 3 Interpellation Theresia Derksen (CVP): Örtliche Zusammenlegung von Verwaltungsabteilungen

Die Interpellation wird von Theresia Derksen begründet und von SR Peter Kämpfer beantwortet.

Begrüssung

Ratspräsident Dr. Paul Bösch (OeBS) eröffnet die heutige Ratssitzung Nr. 11 mit der Begrüssung der Ratskolleginnen und Ratskollegen, der Frau Stadträtin, der Herren Stadträte, der VertreterInnen der Medien sowie der Gäste auf der Tribüne. Stadtpräsident Marcel Wenger ist für die heutige Sitzung entschuldigt, ansonsten sind alle Parlamentarierinnen und Parlamentarier anwesend, was eine Seltenheit ist. Der Ratspräsident begrüsst speziell das neue Grossstadtratsmitglied Marianne Schwyn (SP) zu ihrer ersten Ratssitzung und wünscht Frau Schwyn viel Erfolg.

MITTEILUNGEN

Für den **Ratsausflug** am Dienstag, 29.08.06, haben sich fast alle Ratsmitglieder angemeldet. Säumige werden gebeten, bis zum Schluss der Sitzung ihre An- oder Abmeldung dem Stadtratsweibel abzugeben.

Änderung in der SPK Vorlage des Ratsbüros: Änderung der Geschäftsordnung des GrSR Schaffhausen (Einführung des Postulates):

Anstelle von Alfred Zollinger (SVP) wird Dr. Cornelia Stamm Hurter (SVP) Einsitz nehmen.

Information zur WoV-Vorlage des Stadtrates vom 4. Juli 2006: Einführung WoV-Betrieb nach den Bedürfnissen der Stadt Schaffhausen:

Aufgrund der Tragweite und Grösse der Vorlage wurde vom SR und vom Steuerungsausschuss gewünscht, diese ausführlich vorzustellen. Jeweils zu Beginn der nächsten zwei Ratssitzungen werden eine bis eineinhalb Stunden dafür reserviert. Am 5. und 19. September 2006 werden die Sitzungen um 17.00 Uhr in der *Rathauslaube* beginnen. Anschliessend an die Informationssequenzen mit Beamer und Leinwand finden im Grossratssaal die zeitlich verkürzten Ratssitzungen mit den gewohnten Traktanden statt. Die Fraktionen sind über dieses Vorgehen bereits informiert worden.

Neu eingegangenes Geschäft:

VdSR vom 4. Juli 2006: Einführung WoV-Betrieb nach den Bedürfnissen der Stadt Schaffhausen. Das Büro schlägt eine 15er SPK vor, einladende Partei ist die FDP/JFDP.

Kein Gegenantrag, so beschlossen.

Zuweisung der **VdSR Abgabe der Liegenschaft Hintersteig 3 im Baurecht** vom 15.08.06. Das Büro schlägt usanzgemäss eine Zuweisung zur Vorberatung an die GPK vor.

Kein Gegenantrag, so beschlossen.

Die Ratsmitglieder haben erhalten bzw. auf ihren Pulten liegen auf:

- VdSR vom 04.07.06: Einführung WoV-Betrieb nach den Bedürfnissen der Stadt Schaffhausen
- VdSR Abgabe der Liegenschaft Hintersteig 3 im Baurecht vom 15.08.06
- Kleine Anfrage Nr. 8/2006, Martin Egger (FDP): Finanzielle Unterstützung für ein Gutachten von John Large vom 05.07.06
- Kleine Anfrage Nr. 9/2006, Peter Neukomm (SP): Nischenarbeitsplätze bei der Stadt vom 07.07.06
- Kleine Anfrage Nr. 10/2006, Mehmet Ertogrul (SP): Qualifikationsgespräche mit den Lehrpersonen vom 14.08.06

- Interpellation Kurt Zubler (SP): Integration behinderteter Kinder in städtischen Kinderkrippen vom 15.08.06. Sie wird auf der Traktandenliste der nächsten Ratssitzung erscheinen.
- Interpellation Peter Möller (SP): Schwimmunterricht an den Stadt Schaffhauser Schulen vom 22.08.06. Sie wird ebenfalls auf der Traktandenliste der nächsten Ratssitzung erscheinen.
- Einladung der Stadtgärtnerei zur Eröffnung der Ausstellung „Der Stadtpark“ vom 15.-26. August 2006
- Per 10. August 06 aktualisiertes Mitgliederverzeichnis sowie Sitzordnung im GrSR
- Vorläufige Sitzungsdaten GrSR und Büro 2007
- Personalinfo Nr. 2, Ausgabe August 2006
- Einladung zur Diskussion mit Radio Munot zum Asyl- und Ausländergesetz *Ja oder Nein?* am 23.08.06, 20.00 Uhr, Kirchenzentrum Zwingli
- Zu VdSR Bericht über die hängigen Motionen: Änderungen der GPK vom 22.06.06 gegenüber den Anträgen des Stadtrates vom 11. April 2006
- Einladung zur Einweihung des Kindergartens Neubrunn am 01.09.06, 16.00 Uhr

PROTOKOLL

Das Protokoll Nr. 10 vom 04.07.06 wurde vom Ratsbüro geprüft und liegt bei der Ratssekretärin zur Einsichtnahme auf. Es werden keine Anmerkungen gemacht.

TRAKTANDENLISTE

Die Traktandenliste für die heutige Sitzung wurde rechtzeitig zugestellt. Es erfolgen keine Änderungsanträge.

Persönliche Erklärung von Ernst Spengler (SVP):

„Es ist mir ein Bedürfnis, Euch allen ganz herzlich für die grosse Anteilnahme, die ich während meiner Spitalzeit erleben durfte, zu danken. Es war beeindruckend. Am 3. Juli wurde mir ein zweites Leben geschenkt. Diese Tatsache und die Gewissheit, dass wir nicht einem unberechenbaren Schicksal ausgeliefert sind, haben mir geholfen, während dieser Zeit dankbar zu sein, dass es „nur mit den erlittenen Blessuren“ abgegangen ist. Auch Eure Anteilnahme war motivierend, deshalb ganz herzlichen Dank.“

Der **Ratspräsident** dankt GrSR **Ernst Spengler (SVP)** dafür, dass er sich bereits wieder die Mühe genommen hat, an der heutigen Sitzung teilzunehmen, obwohl das lange Sitzen für ihn vielleicht nicht ganz einfach sein wird.

Persönliche Erklärung von Urs Tanner (SP):

„Wegen der heutigen Abwesenheit von Stadtpräsident möchte ich in meiner Funktion als Präsident in spe der SPK-Feuerwehrverordnung mitteilen, dass die Sitzungstermine erst in 2 Wochen vereinbart werden. Das war der seriöse Teil meiner Erklärung.“

Jetzt komme ich zum weniger seriösen Teil: In einer grösseren Schaffhauser Zeitung erscheint heute ein Inserat „Sie wohnen über den Dächern von Schaffhausen in der neuen Überbauung Bellevue in Feuerthalen“. Meine Frage lautet nun, ob die Gemeinde Feuerthalen bereits Fusionsangebote an den Stadtrat unterbreitet hat? Es ist doch erstaunlich, dass in Feuerthalen für Schaffhausen geworben wird.“

Traktandum 1 VdSR Bericht über die hängigen Motionen

Walter Hotz (FDP)**Sprecher der GPK**

Die GPK-Mitglieder haben an der letzten GPK-Sitzung vom 22. Juni 2006 die Vorlage des Stadtrates vom 11. April 2006 *Bericht über die hängigen Motionen* ausführlich durchberaten.

Der Bericht des Stadtrates gibt uns eine Übersicht über den Stand unserer parlamentarischen Aufträge. In seinem Bericht beantragt der Stadtrat dem Grossen Stadtrat, dass 8 Motionen mit Fristverlängerung und 4 Motionen abgeschrieben werden sollen. Auf Grund der Diskussion in der GPK, zusammen mit dem Vertreter des Stadtrates, Herrn Stadtschreiber Christian Schneider, wurden 2 Motionen, die vom Stadtrat als erledigt abgeschrieben werden sollten, von der GPK mit einer Fristverlängerung belegt. Sie können dies auch aus dem schriftlichen Bericht *Kommissionsanträge der GPK vom 22. Juni 2006*, der Ihnen per Post zugestellt worden ist, entnehmen.

Meine detaillierten Ausführungen zur Vorlage werde ich auf Grund des Berichtes *Kommissionsanträge der GPK vom 22. Juni 2006* darlegen.

Weiterzubehandeln sind mit Fristverlängerung gemäss § 54 Abs. 2 der Geschäftsordnung folgende Motionen:

Motion Heinz Sulzer betreffend Nutzungsplanung für das Gebiet der Altstadt, Fristverlängerung bis 31.12.2007:
Zustimmung der GPK mit 6 : 0 Stimmen, bei einer Abwesenheit.

Motion Herbert Bühl betreffend Schutz von Brandmauern, Fassaden und Dächern und der erhaltenswerten Bausubstanz in der Altstadtzone, Fristverlängerung bis 31.12.2007:

Diese Motion wollte der Stadtrat bekanntlich abschreiben, weil er die Meinung vertritt, dass in Art. 31 (in der Vorlage lesen Sie Artikel 34, Artikel 31 ist der neue Artikel in der Bauordnung) Abs. 2 lit a-d der neuen Bauordnung, konkreter wie bisher, die von Herbert Bühl verlangten Anliegen berücksichtigt werden. Weiterhin meint der Stadtrat, dass die Denkmalpflege-Inventarisierung gemäss Natur- und Heimatschutzgesetz weiterhin läuft, das heisst, es bestehen verstärkte konsultative Instrumente im Baubewilligungsverfahren bei Bauprojekten mit historischer Bausubstanz, sowie der Einbezug der Stadtbildkommission sei ebenso gesichert.

Schwerpunkt der Diskussion in der GPK war, dass die formulierte Begründung des Stadtrates für Abschreibung der Motion „unglücklich“ sei.

Eigentlich müsste aus der Begründung deutlich hervorgehen, dass die von Herbert Bühl geforderten Punkte im genannten Artikel 31 der neuen Bau- und Zonenordnung bereits präzise enthalten und genau definiert wurden sowie der Einbezug der Stadtbildkommission, die Inventarisierungspflicht und auch die restriktiven Auflagen beim Baubewilligungsverfahren gewährleistet sind.

Dieses Argumentarium sollte nach Meinung der GPK klar als Hauptgrund für den Vorschlag des Stadtrates auf Abschreibung der Motion hervorgehen. Stadtschreiber

Christian Schneider zeigte Verständnis für die Argumente der GPK-Mitglieder und war mit einer Fristverlängerung bis 31.12.2007 einverstanden, wie im Falle der Motion Heinz Sulzer, das heisst bis zum Vorliegen des Rahmenplanes, Art. 31 Abs. 3 vorgesehen für das Gebiet der Altstadt.

Danach kann aufgrund von Bericht und Antrag des Stadtrates an den Grossen Stadtrat die Motion Herbert Bühl abgeschrieben werden.

Die GPK stimmte mit 6 : 0 Stimmen, bei einer Abwesenheit, für eine Fristverlängerung bis 31.12.2006, statt abschreiben der Motion.

Motion Bruno Merlo betreffend Finanzielle Entlastung der Stadt Schaffhausen, Fristverlängerung bis 31.12.2007:

Dazu erhielten wir noch eine Zusatzinformation von Stadtschreiber Christian Schneider, die wie folgt lautet: Die vom Regierungsrat angekündigte Vorlage Finanzausgleich liege vor: Fr. 700'000.-- gehen im Rahmen des Finanz-, Ressourcen- und Lastenausgleiches an die Stadt. Zusätzlich sei eine Entlastung von Fr. 1,5 Mio. bei den Polizeikosten vorgesehen. Das gibt eine Gesamtentlastung von rund Fr. 2,2 Mio. jährlich, unter dem Vorbehalt der Genehmigung der Vorlage Finanz- und Ressourcenausgleich durch den Kantonsrat diesen Sommer. Zusätzlich steht der Nationalbankgoldsegen mit Fr. 8,8 Mio., einmalig für die Stadt, ins Haus. Die GPK stimmte mit 6 : 0 Stimmen, bei einer Abwesenheit, der Fristverlängerung zu.

Motion Dr. Raphaël Rohner betreffend Reorganisation des Stadtschulrates, Fristverlängerung bis 31.12.2007:

Die GPK stimmte mit 6 : 0 Stimmen, bei einer Abwesenheit der Fristverlängerung zu.

Motion Thomas Neukomm betreffend Gestaltung des öffentlichen Raumes, Fristverlängerung bis 31.12.2006:

Von Stadtschreiber Christian Schneider erhielten wir noch folgende Information: Der Stadtrat habe eine Arbeitsgruppe einberufen, die sich mit den Konsequenzen der abgelehnten Volksabstimmung bezüglich Verbesserung des Stadtbildes/Revision der Regelung über die Nutzung des öffentlichen Raumes beschäftigen wird. Der Grosse Stadtrat kann noch dieses Jahr eine Vorlage erwarten, so dass wahrscheinlich dann Antrag auf Abschreiben der Motion gestellt wird, sofern die geforderten Punkte zufrieden stellend beantwortet werden können. Abstimmung der GPK für Fristverlängerung: 6 : 0, bei einer Abwesenheit.

Motion Rolf Amstad betreffend Dorfzentrum Herblingen, Fristverlängerung bis 31.12.2007:

Auch dazu die Zusatzinformation von Stadtschreiber Christian Schneider: Wenn das Planungsinstrument Rahmenplan für Herblingen vorliegt, wird der Grosse Stadtrat informiert und danach kann Antrag auf Abschreibung der Motion durch den Stadtrat gestellt werden. Abstimmung GPK: 6 : 0, bei einer Abwesenheit.

Motion Dr. Raphaël Rohner betreffend Einführung des Postulates, Fristverlängerung bis 31.12.2007:

Dazu folgende Bemerkung: Die Vorlage des Büros des Grossen Stadtrates vom 27.06.2006 bezüglich Einführung des Postulates liegt bereits vor. In der Vorlage können Sie unter Antrag 3 Abschreibung der Motion entnehmen. Abstimmung GPK zur vorgeschlagenen Fristverlängerung 6 : 0, bei einer Abwesenheit.

Motion Peter Wullschleger betreffend Gesunde und attraktive Finanzen, Fristverlängerung bis 31.12.2007:

Sie können sich sicher vorstellen, dass diese Motion einmal mehr auch unter uns GPK-Mitgliedern zu reger Diskussion Anlass gegeben hat. Eine rege Diskussion wird sicher auch heute im Rat nochmals stattfinden, deshalb verzichte ich auf eine ausführliche Berichterstattung aus der GPK.

Die GPK-Mitglieder bittet Sie, ihrem Antrag zu folgen, damit eine im gegenseitigen Einvernehmen für alle eine akzeptable Lösung gefunden wird. Wir in der GPK glauben, dass die Lösung für eine Fristverlängerung für alle das Beste sein wird, denn wir sind der Ansicht, dass dadurch *alle* dazu aufgefordert sind, zu einer Lösung beizutragen. Deshalb hat die GPK mit 6 : 0 Stimmen, bei einer Abwesenheit, Fristverlängerung bis 31.12.2007 beschlossen.

Motion Dr. Raphaël Rohner betreffend Totalrevision des Polizeiverordnung der Stadt Schaffhausen, Fristverlängerung bis 31.12.2007:

Abstimmung: 6 : 0 Stimmen, bei einer Abwesenheit, für Fristverlängerung bis 31.12.2007.

Motion Edgar Mittler betreffend City Card für Stadtschaffhauserinnen und Stadtschaffhauser, Fristverlängerung bis 31.12.2007:

Abstimmung GPK: 6 : 0 Stimmen, bei einer Abwesenheit.

Als erledigt **abgeschrieben** werden die Motionen:

Motion Bernhard Egli betreffend Güterhof im Dornröschenschlaf:

Diese Motion hat unter den GPK-Mitgliedern ebenfalls eine rege Diskussion ausgelöst. Zwischenzeitlich hat uns aber die Zeit eingeholt, denn die Baubewilligung für den Güterhof liegt vor. Dies konnten wir auch aus einer Pressemitteilung des Stadtrates entnehmen. Aus dem Abstimmungsergebnis ersehen Sie, wie gespalten die Meinung unter den GPK-Mitgliedern war: 3 : 0 Stimmen, bei 3 Enthaltungen und einer Abwesenheit.

Motion Jakob Deppe betreffend Mittagstische für alle Quartierschulhäuser in Schaffhausen:

Auch bei dieser Motion konnten sich die GPK-Mitglieder nicht auf einen gemeinsamen Nenner finden. Die eine Seite vertritt die Meinung, dass die Motion noch nicht in allen Belangen erfüllt sei. Im Wesentlichen kam zum Ausdruck, dass die aktuelle Situation der zurzeit im Stadtgebiet funktionierenden Mittagstische unklar

sei. Ebenso sei nicht klar, ob überhaupt zurzeit ein Bedarf nach weiteren Mittagstischen ausgewiesen sei. Der Grundtenor war zum Abschluss unserer Diskussion, dass SR Urs Hunziker umfassend die offenen Fragen aus Ihren Reihen zufrieden stellend beantwortet. Das Ziel in der GPK war einzig die Frage, ob die Motion abgeschrieben werden kann oder nicht. Die Abstimmung ergab folgendes Resultat: 4 : 2, bei einer Abwesenheit, Abschreiben der Motion.

Schlussabstimmung:

Die GPK heisst mit 4 : 0 Stimmen, bei 2 Enthaltungen und einer Abwesenheit, die Vorlage vom 11.04.06 mit den von der GPK gemachten Anpassungen (Motion Herbert Bühl und Peter Wullschleger Fristverlängerung bis 31.12.2007) gut und verabschiedet sie zu Händen des Grossen Stadtrates.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit und bitte Sie, den Kommissionsanträgen der GPK vom 22. Juni 2006 zuzustimmen.

Fraktionserklärung FDP/JFDP

Erlauben Sie mir noch zum Schluss, Ihnen im Namen der FDP/JFDP mitzuteilen, dass wir auf die Vorlage eintreten und den Kommissionsanträgen der GPK vom 22.06.2006 zustimmen werden. “

Alfred Zollinger (SVP)

SVP/JSVP/EDU-Fraktionserklärung

”Ich kann mich sehr kurz fassen: Die SVP/JSVP/EDU-Fraktion wird auf die Vorlage eintreten und den GPK-Anträgen vom 22.06.06 zustimmen. “

Kurt Zubler (SP)

SP/AL-Fraktionserklärung

”Leider kann ich mich nicht ganz so kurz fassen wie der GPK-Präsident und möchte im Namen der SP/AL-Fraktion einige Einwände und andere Vorschläge vorbringen. Ich werde dabei nur auf diejenigen Motionen eingehen, wo wir andere Vorschläge oder Kommentare anfügen möchten.

Zu Motion Herbert Bühl betreffend Schutz von Brandmauern, Fassaden, Dächern und der erhaltenswerten Bausubstanz in der Altstadtzone:

Die SP/AL möchte gerne ausführlicher informiert werden, weshalb diese “Unterschutzstellungen” einen unmässig grossen Aufwand bedeutet und wie die Anliegen der Motion im Detail berücksichtigt werden. In der vorliegenden kurzen Antwort kommt dies unserer Meinung nach zu kurz.

Zu Motion Bernhard Egli betreffend Güterhof im Dornröschenschlaf:

Wir haben durch unsere Enthaltung in der GPK bereits die Meinung der SP/AL zum Ausdruck gebracht. Die Motion ist nicht in allen Punkten erfüllt. Die Fraktionsmitglieder werden ihr Abstimmungsverhalten nicht nur von der folgenden Diskussion über diesen Punkt anhängig machen, sondern auch von der Haltung des Motionärs. Verwirft er eine Abschreibung, wird die SP/AL folgen.

Zu Motion Peter Wullschleger betreffend gesunde und attraktive Finanzen:

Ich möchte die vom Sprecher der GPK gemachte Aussage korrigieren. Er hat zur *Fristverlängerung* der GPK ausgeführt, die GPK sei zum Resultat von 6 : 0 Stimmen gekommen, zur Abschreibung selbst lautete das Resultat 4 : 2 Stimmen.

In der Frage, ob es eine Fristverlängerung geben soll, haben wir uns nicht zu einer Meinung gefunden. Wie bereits anlässlich der Ratsdebatte erwähnt, sind wir der Meinung, dass der SR Bericht und Antrag zu dieser Motion erstellt hat. Es lag eine 20-seitige Vorlage mit 12 Seiten Beilagen und Anträgen auf unseren Pulten. Der SR hat seinen Auftrag deshalb erfüllt, auch wenn ein Teil des Rates mit dem Inhalt nicht einverstanden war. Wir sind nach wie vor der Meinung, dass diese Motion abgeschrieben werden soll.

Zu Motion Jakob Deppe betreffend Mittagstische für alle Quartierschulhäuser in Schaffhausen:

Wir sind hier der Meinung - und hoffen, dass Sie uns folgen, gerade wenn Sie für Nichtabschreibung der Motion Wullschleger sind - dass diese Motion konsequenterweise auch nicht abgeschrieben werden kann. Wir sehen in keiner Weise, wie diese Motion erfüllt sein sollte. Es wird weder Bericht, noch Antrag erstellt und inhaltlich praktisch nichts geliefert. Ich rufe Sie auf - nicht zuletzt die freisinnige Fraktion, aus deren Reihen diese Motion kommt - dem Instrument der Motion Sorge zu tragen. Ich finde es bedrohlich, wenn mit einem gewichtigen Instrument, wie es die Motion ist, so umgegangen wird. Die Informationen, die wir erhielten, entsprechen nicht einmal dem, was im Normalfall als Antwort einer Kleinen Anfrage geliefert wird. Hier sollten wir dem SR einen Riegel schieben.

Im Motionstext steht ganz klar, dass Bericht und Antrag zur Schaffung von Mittagstischen in allen Quartieren der Stadt Schaffhausen erwartet wird. Das ist vielleicht ein Antrag oder ein Ziel, das nicht allen gefällt. Es ist trotzdem das, was der GrSR dem SR aufgetragen hat, und dies wird in keiner Weise beantwortet.

In der Stellungnahme werden keine Massnahmen aufgeführt, keine Anträge formuliert und keine Fakten aufgelistet. Es fehlen Informationen, wo und wie viele Mittagstische in Betrieb sind, ob es Wartelisten oder eventuell gar keine Mittagstische gibt.

Als Gründe werden in der Stellungnahme aufgeführt, dass die bedarfsgerechte Ausweitung des Angebotes in der Kompetenz des GrSR liege. Eben dieser GrSR hat die Motion in Auftrag gegeben, weil er ja nicht in eigener Kompetenz einen Mittagstisch eröffnen kann, sondern nur den Auftrag dazu erteilen.

Im zweiten Abschnitt werden als Gründe für die Abschreibung aufgeführt, es gäbe die Subventionsverordnung und mit der Einführung der Blockzeiten habe es eine Entspannung für die berufstätigen Eltern und deren Kinder gegeben. Auch dies ist kein Bericht und Antrag zum gestellten Auftrag. In der Subventionsverordnung Art. 3, Abs. 2, steht: *„Die Stadt Schaffhausen führt nach Grundsätzen der Subsidiarität eigene Einrichtungen und unterstützt private Angebote im Bereich der familienergänzenden Kinderbetreuung. Sie fördert in geeigneter Weise ein Nachfrage und bedarfsgerechtes Angebot“*.

Aufgrund dieses Artikels hätte ich gerne einen Bericht und Antrag erhalten, mit konkreten Angaben darüber, wo der SR bei allfälligen Lücken gedenkt eigene Angebote gemäss Subventionsverordnung vorzusehen oder wo es vielleicht neue Angebote gibt. Ebenso müssen die dafür notwendigen Kosten aufgeführt werden. Danach kann das Parlament entscheiden, ob wir uns dies leisten wollen oder nicht, aber angesichts von Fakten und in Erfüllung eines vom Parlament erteilten Auftrages.

Ich bitte Sie, uns zu folgen und diese Motion nicht abzuschreiben. “

Walter Hotz (FDP)**Sprecher der GPK**

„Es ist vielleicht der Eindruck entstanden, das Abstimmungsresultat sei nicht richtig gewesen. Ich habe einfach das letzte Abstimmungsresultat bekannt gegeben. Eigentlich wollte ich meinen Bericht kurz fassen. Nun nehme ich ausführlicher wie folgt Stellung:

Ursprünglich hat die GPK mit 4 : 2 Stimmen, bei einer Abwesenheit, das Abschreiben der Motion Wullschleger beschlossen. Danach haben wir mit 4 : 2 Stimmen, bei einer Abwesenheit, für eine Fristverlängerung bis 31.12.08 gestimmt. Hier sind wir dann auch auf die Nase gefallen. Der Jurist hat uns gemäss Paragraph 54, Abs. 2 der Geschäftsordnung informiert, dass eine Fristverlängerung bis 31.12.2008 nicht möglich sei, sondern nur bis 31.12.2007. Eine erneute Abstimmung darüber (Fristverlängerung bis 31.12.2007) fand mit 6 : 0 Stimmen, bei einer Abwesenheit, statt.“

Kurt Zubler (SP)**Votum**

„Ich möchte hinzufügen, dass die GPK zusätzlich nachgefragt hat, wie sie sich bezüglich einer zweiten Abstimmung verhalten solle. Wir wurden aufgeklärt, dass es nur um das Datum und nicht mehr um den Grundsatz gehe.“

Der **Ratspräsident** bittet die Ratsmitglieder, im Moment nur *grundsätzlich* zum Bericht Stellung zu nehmen und sich erst in der Detailberatung über die einzelnen Motionen zu äussern.

Erwin Sutter (EDU)**Votum**

„Regelmässig erhalten wir vom Stadtrat im Frühjahr den Bericht über die hängigen Motionen. Seit längerer Zeit beobachte ich, dass der Stadtrat bei der Beantwortung der Motionen offensichtlich Mühe bekundet, die in der Geschäftsordnung des Grossen Stadtrates verfügten Behandlungsfristen einzuhalten. Deshalb möchte ich (bereits zum dritten Mal) auf den Inhalt dieser Geschäftsordnung hinweisen, wo in Paragraph 54, Absatz 2 steht:

„Die Motion verpflichtet die beauftragte Instanz, dem Grossen Stadtrat innert längstens drei Jahren eine Bericht und Antrag zu unterbreiten. Diese Frist kann auf begründeten Antrag hin durch Beschluss des Grossen Stadtrates um höchstens zwei Jahre verlängert werden“

Wenn ich den nun vorliegenden Bericht, datiert mit 11. April 2006 ansehe, so fällt auf, dass bei mehreren Motionen weder Bericht noch Antrag vom Stadtrat innert den geforderten drei Jahren erfolgte. Dies gilt für folgende Fälle (gemäss GPK-Bericht auf Seite 3 und 4):

- (13) Dr. Raphaël Rohner: Totalrevision der Polizeiverordnung der Stadt Schaffhausen
- (14) Edgar Mittler: City Card für Stadtschaffhauserinnen und Stadtschaffhauser
- (15) Jakob Deppe: Mittagstische für alle Quartierschulhäuser
- (16) Roland Schöttle: Neunutzung der Militärunterkunft Breite
- (17) Gertrud Walch: Teilrevision der städtischen Ruhegehaltsverordnung

Die Motionen 13 bis 15 werden im Bericht zwar angesprochen, aber erst sieben Monate nach dem Fälligkeitstermin. Die Motion 17 wird im Bericht gar nicht

behandelt, obwohl deren Frist im Januar abgelaufen ist. Bei den Motionen 18 und 19 läuft die Frist zwar erst im September 2006 ab, ich bin aber der Meinung, dass im April, also bei Verfassung des Berichts über die hängigen Motionen, im Sinne einer Vorschau auch auf diese eingegangen werden sollte.

Offensichtlich geht der Stadtrat in seinem Bericht nur auf Motionen ein, die im abgelaufenen Kalenderjahr fällig waren. Auf diese Weise muss ein Parlamentarier, dessen Motion im Januar eines Jahres erheblich erklärt wurde, bis zum April (Verfassung des Berichts über die hängigen Motionen) des kommenden Jahres warten, bis eine Antwort vorliegt, also einiges mehr als vier Jahre. Dies trifft im vorliegenden Fall für die Motion von Gertrud Walch zum Thema Ruhegehaltsverordnung zu.

Hier möchte ich nochmals auf den Wortlaut der Geschäftsordnung hinweisen, wo steht *“innert längstens drei Jahren”*, es dürfen also, nein es müssen weniger als drei Jahre sein, bis eine Reaktion des Stadtrates vorliegt.

Bitte verstehen Sie mich nicht falsch, ich möchte bezüglich Termineinhaltung nicht päpstlicher als der Papst sein, es kann und darf selbstverständlich immer Ausnahmen geben. Aber in unserem Fall hat der Prozess über die Behandlung der Motionen seit längerer Zeit System und dem kann und will ich nicht zustimmen.

Ich bitte deshalb den Stadtrat ein weiteres Mal, die Geschäftsordnung einzuhalten und wenn Motionen nicht termingerecht erledigt werden können, diese fristgerecht im Bericht über die hängigen Motionen anzusprechen. Ebenfalls möchte ich die GPK bitten, in Zukunft diesen Bericht nicht nur inhaltlich, sondern auch bezüglich Termineinhaltung genauer zu prüfen. “

Theresia Derksen (CVP)

Votum

“Die CVP wird den Anträgen der GPK bis auf eine Ausnahme zustimmen. Aufgrund des vom Ratspräsidenten geäußerten Wunsches, werden wir in der Detailberatung Stellung nehmen. “

Bernhard Egli (OeBS)

Votum

“Ich möchte an das Votum von Erwin Sutter (EDU) anknüpfen, das mir aus dem Herzen gesprochen hat. Wir erhalten jedesmal eine Vorlage, die jedes Jahr gleichlang ist. Wir können auch jedes Jahr an den Stadtrat appellieren, was leider auch jedes Jahr nicht allzu viel bewirkt.

Mein Zusatzvorschlag lautet wie folgt: Die GPK führt eine Pendenzenliste und klopft dem SR prophylaktisch auf die Finger, was wieder anstehen würde und fasst am Ende des jeweiligen Jahres in einer gemütlichen Sitzung nach. “

Der **Ratspräsident** stellt fest, dass keine weiteren Wortmeldungen vorliegen und kein Antrag auf Nichteintreten gestellt wurde.

Eintreten ist somit beschlossen.

EINTRETENSDEBATTE

Dr. Paul Bösch (OeBS), Ratspräsident, gibt bekannt, dass der **1. Vizepräsident, Alfred Tappolet (SVP)**, gemäss VdSR vom 11. April 2006, Seiten 1 - 13, die Motionen *einzel*n verlesen wird.

Wortmeldungen werden zu folgenden Motionen verlangt:

Motion Bernhard Egli (OeBS): Güterhof im Dornröschenschlaf

Bernhard Egli (OeBS):

"Ich muss mich zuerst schuldig bekennen dafür, dass ich Antrag auf Fristerstreckung verlangt habe. Den vom Stadtrat gestellten Antrag auf Abschreiben kann ich mit dem besten Willen nicht nachvollziehen. Punkt 1 wurde sehr rasch erfüllt und umgesetzt, Punkt 2 bis heute - genau gleich wie bei der letzten Fristverlängerung - allerdings nicht. Als Begründung wird auf die IGA 2017 verwiesen. Wäre das die neue Strategie des SR auf eine Motion? Wir werden in 11 Jahren etwas unternehmen, also kann die Motion abgeschrieben werden.

Die gerade angelaufene Planung der IGA 2017 zeigt die besondere Bedeutung der Motion, nämlich ökologisch verträgliche Attraktivierungsmöglichkeiten entlang des Rheines zu schaffen oder zu prüfen. Wir haben eine neue Motion "Attraktives Rheinufer" vom 15.07.05, wo man im Prinzip die ökologisch verträglichen Forderungen hätte "einpacken" können. Aber man kann nicht eine Motion weiterbehandeln und die andere nicht oder irgendetwas "hinklotzen" anlässlich der IGA 2017. Ich sehe meine Forderungen als Ergänzung zu der vor einem Jahr in Kraft getretenen Motion "Attraktives Rheinufer", der fast alle Grossstadträtinnen und Grossstadträten zugestimmt haben. Daher der Antrag der OeBS/EVP-Fraktion, diese Motion weiterzuführen. "

SR Peter Käppler:

"Es wurde vorher erwähnt, dass die Stellungnahmen zu den einzelnen Motionen sehr kurz sind. Der Stadtrat könnte natürlich zu jeder Motion eine 10-seitige Begründung verfassen. Aber dann wäre das Ganze nicht mehr lesbar.

Der Stadtrat wehrt sich nicht gegen eine Verlängerung dieser Motion. Der Auftrag der letztes Jahr erheblich erklärten Motion "Attraktives Rheinufer" wurde vom SR als nahezu deckungsgleich mit der zweiten Forderung in der Motion Bernhard Egli beurteilt. Der Stadtrat wird Ihnen spätestens nächstes Jahr eine Vorlage bezüglich IGA 2017 präsentieren. Doch ich kann Sie heute schon beruhigen, dass diese mit dem zweiten Punkt Ihrer Motion in Einklang steht. Bei der IGA 2017 wird nicht "geklotzt". Wir können aber auch nicht erst in 11 Jahren beginnen, sondern müssen schon vorher Aufwertungsmassnahmen in die Wege leiten, die Ihre Forderung nach ökologischer Verträglichkeit erfüllen werden. Das weitere Verfahren am Rheinufer liegt ebenso grob skizziert vor. Sie werden laufend darüber informiert, und die Motion könnte dann abgeschrieben werden. "

Der **Ratspräsident** stellt fest, dass keine weiteren Wortmeldungen zu dieser Motion vorliegen.

Abstimmung

Der Grosse Stadtrat stimmt mit 23 : 22 Stimmen für eine Fristverlängerung der Motion bis 31.12.2007.

Motion Peter Wullschleger: Gesunde und attraktive Finanzen

Kurt Zubler (SP):

"Im Namen der SP/AL-Fraktion und aus den bereits erwähnten Gründen stelle ich hiermit Antrag auf Abänderung des vorgeschlagenen GPK-Antrages der Fristverlängerung und Stehenlassen des Antrages des Stadtrates auf Abschreibung der Motion Wullschleger. "

Theresia Derksen (CVP):

"Zur Motion Peter Wullschleger: Gesunde und attraktive Finanzen sind wir der Meinung, dass in der vor wenigen Monaten dem Grossen Stadtrat vorgelegten Vorlage die am Schluss formulierten Anträge des Stadtrates bereits ein Teil der Beantwortung der Vorlage hätten sein müssen. Deshalb unterstützen wir den Antrag der GPK für eine Fristverlängerung.

Noch eine Bemerkung für jene, die diese Motion gerne abschreiben würden: Wenn man sich auf den Standpunkt stellt, eine Motion sei nur ein Vorstoss, der einen rechtlichen Erlass in bestimmter Weise zu verändern wünsche oder "motionswürdige" Gegenstände, die aber in der Geschäftsordnung nicht genau umschrieben sind, dann müsste man diese Motion mindestens in ein Postulat umwandeln. Dieses parlamentarische Instrument war bisher in der Geschäftsordnung des Grossen Stadtrates nicht vorgesehen. Sollte eine Mehrheit eine Abschreibung der Motion beschliessen, dann müsste - sobald wir dieses Instrument eingeführt haben - mit einem Postulat nachgedoppelt werden. Damit würde verstärkt zum Ausdruck gebracht, welches politische Handeln wir wünschen. "

Bernhard Egli (OeBS):

"Zuerst möchte ich der SP/AL-Fraktion für ihre Unterstützung bei der Verlängerung meiner Motion danken und jetzt falle ich Euch in den Rücken. Ich war einmal Gegner der Motion Wullschleger. Inzwischen hat sich die Finanzsituation der Stadt aber deutlich verbessert, und jetzt finde ich die Punkte 1 und 2 sehr wichtig und interessant. Wenn es nun darum geht, den Steuerfuss zu senken, haben wir mit dem Punkt 2 einen Hebel, damit dieser nicht zu stark gesenkt wird, sondern dass Massnahmen zur Verhinderung einer Neuverschuldung vorhanden sein müssen. Darum finde ich diese Motion unter dem soeben erwähnten Aspekt der verbesserten Finanzlage der Stadt plötzlich so interessant und möchte eine Weiterbehandlung anregen. "

Alfred Zollinger (SVP):

"Unsere Fraktion ist ganz klar dafür, dass diese Motion verlängert wird. Es ist aber auch klar, dass gewisse Fraktionen nach dem Nichteintreten auf die schwache Vorlage "Strategieplan Finanzen" eine Abschreibung beantragen. Genau aus diesem Grund ist es wichtig, dass diese Motion verlängert wird. Im Laufe des Jahres 2007 sind dann die Vorgaben NFA bekannt und die Finanzreferentin kennt dann auch die Leitplanken, um die in der Motion aufgeführten Punkte zu beantworten.

Als Fraktions- und GPK-Präsident offeriere ich der Finanzreferentin - sofern sie es als notwendig erachtet - bei der Ausarbeitung einer Vorlage mit den Fraktionspräsidenten oder allenfalls mit der GPK eine Vorbesprechung abzuhalten. Zwingen können wir Sie nicht, aber ich hoffe mindestens, dass Sie sich diese Offerte überlegen werden. "

SR Veronika Heller:

"Sie werden heute Abend entscheiden, was Sie für richtig finden. Was Sie ganz

bestimmt tun müssen, ist die Fristverlängerung der Motion Wullschleger auf Paragraph 54 Abs. 3 abstützen, denn mit der Präsentation der Vorlage "Strategieplan Finanzen" hat der Stadtrat seinen Auftrag bezüglich Bericht und Antrag gemäss Abs. 2 erfüllt.

Das Angebot des GPK-Präsidenten nehme ich gerne an, aber erst dann, wenn es tatsächlich diesbezüglich etwas zu diskutieren gibt. Wenn ich den kantonalen Finanz-Zeitfahrplan anschau, wird der Kanton Ende 2007 nicht soweit sein, sondern für die innerkantonale Regelung des NFA erst im Laufe des Jahres 2008.

Dann können wir auf kommunaler Ebene darüber diskutieren. Es wird in verschiedenen Bereichen ganz massive Einflüsse haben. Irritierend sind die Aussagen des Finanzdirektors anlässlich der Finanzdirektorentagung: Er werde im Juli 2006 eine *Orientierungsvorlage* zur Vernehmlassung bei den Gemeinden ausarbeiten. Das, was jetzt gekommen ist, war eine *Regierungsvorlage* an den Kantonsrat, mit der Aussicht, dass man die Gemeindepräsidenten im September an ihrer Tagung entsprechend orientiert, wo diese auch ihre Stellungnahme kundtun dürfen. Ob dies allerdings etwas nützt, ist eine andere Frage. Sehr vieles ist weiterhin offen und ändert sich dauernd.

Wenn Sie heute nicht Abschreiben beschliessen, werden wir darauf zurückkommen. Falls Sie sich dagegen entscheiden, wird ein neuer Vorstoss - ob dieser Motion oder Postulat heissen möge - wohl nicht allzu lange auf sich warten lassen, der das Thema erneut aufrollen wird. Dies könnten wir uns wahrscheinlich ersparen. "

Dr. Raphaël Rohner (FDP):

"Wir haben uns seinerzeit bei der Verhandlung der Vorlage des Stadtrates zur Motion Wullschleger materiell klar geäussert und ebenso klar gesagt, dass es nicht angeht, nur zurückzuweisen, beziehungsweise nicht einzutreten, sondern dass wir alle in Pflicht sind.

Wie bereits vom GPK-Präsidenten erwähnt und seinerzeit in der Debatte von uns explizit angeführt, sind alle Parteien und Fraktionen nicht nur eingeladen, sondern auch verpflichtet, bei einem Gesamtpaket mitzuwirken, das es zu schnüren gilt. Dies hat bis heute seine Gültigkeit nicht verloren.

SR Heller hat auf die NFA hingewiesen, die am 01.01.08 in Kraft tritt. Ich wundere mich über die Aussage, der Kanton werde wohl erst Mitte 2008 genauere Angaben machen können. Ich habe andere Informationen, zumal ich unmittelbar an diesem Projekt beteiligt bin. Der Kanton hält den Fahrplan ein, die Vorlage wird fristgerecht an den Kantonsrat überwiesen werden, sodass - wenn im Rat alles gut läuft - per 01.01.08 alle Bestimmungen, die kantonal geändert werden müssen, in Kraft treten. Das Zahlenmaterial ist sicher dann noch nicht in allen Punkten gesichert, zumal der Bund immer wieder daran ist, neue Erkenntnisse zu gewinnen.

In wesentlichen Bereichen können wir jedoch ganz konkrete Aussagen bezüglich der Mehrbelastung auf den Kanton machen. Man wird, daraus ableitend, sehr schnell Schlussfolgerungen für die Kommunen ziehen können. Wir haben keinen grossen "Brocken" im Weg, der uns daran hindern würde, die Aufgaben, welche finanzpolitisch in der Stadt zu erledigen sind, anzupacken. Ich glaube, es ist richtig und spielt keine Rolle, ob der Auftrag Motion oder Postulat heisst, der *Inhalt* ist ausschlaggebend.

Wenn Herr Egli sagt, im Kontext der neuen finanziellen Situation der Stadt, die sich tatsächlich verbessert hat, sei es interessant, diese Motion einer näheren Betrachtung zu unterziehen, kann ich ihm nur zustimmen. Ich glaube, es ist natürlich auch eine Pflicht von uns allen, nicht nur eine Schiene zu fahren, sondern die 4 Wege, die in dieser Motion Wullschleger nicht nur angedeutet, sondern ausformuliert sind, genau zu begehen und entsprechend breit abgestützte Vorschläge

einzubringen, die sich nicht gegenseitig aufheben oder widersprechen.

Ein Beispiel, weswegen es wichtig ist, tätig zu werden, und wir gehalten sind, diese Motion nicht abzuschreiben: Sie alle wissen, dass verschiedene Vorlagen kommen werden oder bereits in einer SPK vorberaten werden. Diese Vorlagen werden kaum eine Mehrheit finden, weder hier im Parlament noch in der Bevölkerung, wenn man auf der Einnahmenseite nicht einmal eine Geamtauslegeordnung vornimmt und aufgrund dieser einen politischen Konsens findet, wo es opportun ist, die Einnahmenseite mit Gebührenerhöhungen zu verbessern, und wo es politisch nicht klug ist, weil die Signalwirkung (zum Beispiel bei Baubewilignungsverfahren) eine falsche wäre.

Wir müssen ein Gesamtpaket gemäss dem Wunsch von Peter Wullschleger schnüren und signalisieren klar unsere Bereitschaft, mitzuwirken. Bitte schreiben Sie diese Motion nicht ab, sondern führen Sie diese gemäss GPK-Vorschlag einer Fristverlängerung zu. “

Iren Eichenberger (OeBS):

”Ich kann Ihnen keine eigentliche Meinung oder Stellungnahme bekannt geben. Ich frage mich angesichts der überzeugenden und fundierten Argumentationen beider Seiten, was nun effektiv das Klügste ist.

A priori stand ich auf der Seite derjenigen, die sich für eine Abschreibung entschieden. Ich bin verunsichert und überlege mir, ob es nicht noch einen psychologischen Faktor zu berücksichtigen gilt. Ich sehe diese ganze Motion als ein “missratenes Flickwerk”, so viel Missmut ist damit verbunden. Die Vorlage des Stadtrates haben wir von unserer Seite aus abgelehnt, der Rat hat diese sehr verbissen debattiert. Wäre es vielleicht nicht klüger, diese Motion abzuschreiben und mit einer neuen Vorlage anzufangen? Ich sehe den Diskussionsbedarf, vor allem sind die Befürworter dieser Motion mit der aktuellen Situation nicht zufrieden. Zweifel sind im Moment aufgrund fehlender Fakten und Gewissheiten, was wirklich auf eidgenössischer Seite finanzpolitisch auf uns zukommt, berechtigt. Es ist eine psychologische Frage, die mich ratlos und unsicher macht: Sollen wir von vorne anfangen, das heisst jemand müsste für alle “sinnmachend neu motionieren oder postulieren” oder wollen wir an diesem “Flickwerk” weiterarbeiten? “

Dr. Raphaël Rohner (FDP):

”Der Stadtrat ist wirklich aufgrund der jetzt vorliegenden Situation nicht zu beneiden. Zur Klärung vielleicht Folgendes: Wir haben diese erheblich erklärte Motion und mit unserem Nichteintretensentscheid ganz im Sinne von Paragraph 54 Abs. 3 der Geschäftsordnung die Aufrechterhaltung zum Ausdruck gebracht und gewünscht. Das Themenfeld ist gesetzt.

Ich gehe mit der Finanzreferentin einig, dass der Bereich der NFA noch nicht über das notwendige Zahlenmaterial verfügt. Dies ist ein Segment von vielen, die geprüft werden müssen. Der SR wäre gut beraten, wenn er die Gelegenheit benützen würde, in nächster Zeit die Fraktionspräsidenten - allenfalls auch die Parteipräsidenten - und die GPK zu einer Aussprache einzuladen und mit ihnen im Grundsatz hinter verschlossener Tür zu diskutieren.

Anschliessend wäre es sinnvoll, ein Projekt zu lancieren, vergleichbar mit denjenigen, die zweimal erfolgreich im Kanton gestartet wurden, unter aktiver Mitarbeit des Parlamentes.

Wenn wir nächstes Jahr erneut über dieses Thema debattieren und feststellen müssen, dass diese Motion immer noch nicht abgeschrieben werden kann, werden wir problemlos die für eine Fristverlängerung nötigen Mehrheiten finden, weil wir tatsächlich *materiell* an der Arbeit sind.

Ich verweise auf den vorliegenden Bericht, in dem Motionen aufgeführt sind, die schon seit 15 Jahren pendent sind. Dies wollen wir mit der Motion Wullschlegler nicht. Ich bin allerdings auch überzeugt, dass wir, anstelle einer dritten oder vierten Runde im Parlament mit Grundsatzdebatten zu führen, unsere Energien dafür einsetzen sollten, um wirklich einen Schritt in dieser Frage weiterzukommen und den Stadtrat unter Respektierung der verschiedenen Rollen, die wir zu spielen haben, geeignet zu unterstützen.

Es wird ähnlich wie bei Bauordnung und Zonenplan sein: Anfänglich gingen die Meinungen diametral auseinander, danach wurde gemeinsam eine tragfähige und vom Volk gut akzeptierte Lösung präsentiert, was auch hier das oberste Ziel sein muss: Eine Lösung erarbeiten, die sowohl vom SR als auch von einer möglichst breiten Mehrheit im Parlament akzeptiert wird und damit auch mehrheitsfähig im Volk ist. Das ist unsere Verpflichtung in einem Kerngeschäft wie es eben die Finanzpolitik in der Stadt ist. “

Peter Neukomm (SP):

”Raphaël Rohners Worte in Gottes Ohr. Wenn er diesen soeben beschriebenen Weg beschreiten will, ist es genau der falsche. Wenn den Bürgerlichen wirklich so viel an einer konsensualen Lösung liegt, müssten sie sich von dieser “abverheiten” Motion trennen und eine neue einreichen, die nicht mit den gleichen Mängeln behaftet ist. Meine Bedenken habe ich schon mehrmals vorgetragen, ich verzichte auf ein weiteres Mal. Ich sehe keinen sinnvollen Weg auf der Basis der alten Motion und unterstütze den Vorschlag von Iren Eichenberger, der ich dafür dankbar bin. Das wäre der Schlüssel für einen Ausweg. Mit uns werden Sie mit der alten Motion keinen Konsens finden. Ein „Durchstieren“ wäre für mich die Ausübung einer reinen Machtpolitik. Sofern Sie, wie gerade eben erwähnt wurde, bereit für etwas anderes sind, eröffne ich Ihnen diesen Weg. Reichen Sie eine sinnvollere Motion ein, die auch juristisch abgestützt ist. Vielleicht finden wir dann eine tragfähige Lösung. “

SR Veronika Heller:

”Ich finde die Angebote, die helfen wollen, fast rührend. Zum Votum Erwin Sutter (EDU) kann ich nur Folgendes sagen: In dieser Stadt gibt es zwei grundsätzliche Probleme. Der Stadtrat verfügt nicht über eine mit genügender zeitlicher Kapazität dotierte Exekutive. Es trifft nicht nur die Halbämter, sondern auch die Vollämter.

Ein weiteres Problem besteht darin, dass wir ein ziemlich genau in der Mitte gespaltenes Parlament haben, was dazu führt, dass die Frustrationen sich immer auf das ganze Parlament verteilen.

Wie auch immer Sie heute Abend entscheiden, würde ich vorschlagen, dass wir erst nach Vorliegen der NFA-Zahlen für die unzähligen betroffenen Bereiche erneut zusammensitzen, um wenigstens mittelfristig etwas in die Wege zu leiten. Es war ein Versprecher, dass dieses Zahlenmaterial erst 2008 vorliegen wird. Wahrscheinlich wird es Spätherbst 2007. “

Der **Ratspräsident** stellt fest, dass keine weiteren Wortmeldungen zu dieser Motion vorliegen.

Abstimmung:

Der Grosse Stadt stimmt mit 28 : 19 Stimmen für eine Fristverlängerung der Motion bis 31.12.2007.

Weitere Wortmeldung von Peter Möller (SP):

”Ich möchte eine Verständnisfrage zur Abstimmung stellen: Gehe ich Recht in der

Annahme, dass die Aufrechterhaltung der Motion unter Paragraph 54, Abs. 3 der Geschäftsordnung zuzuordnen ist? Bericht und Antrag gemäss Abs. 2 liegen ja vor. “

Dr. Raphaël Rohner (FDP) bestätigt dies. Nach 5 Jahren gibt es gemäss Paragraph 54 der Geschäftsordnung den Entscheid über eine Weiterbehandlung. Eine weitere Fristverlängerung ist formaljuristisch nicht mehr möglich, ausser mittels einer Vorlage mit Zwischenbericht und anschliessendem Entschluss, die Motion weiterzubehandeln.

Motion Edgar Mittler: City-Card für Stadtschaffhauserinnen und Stadtschaffhauser

Urs Tanner (SP):

“Es war eine FDP-Motion, die wir damals mit unterstützt haben und welche überwiesen wurde. Eine Gesamtlösung für Kultur- und Sportstätten in Schaffhausen wäre grundsätzlich ein gutes Konzept. Allerdings wurde das Museum als Teilbereich herausgelöst, was wir nicht begrüssen. Meiner Ansicht nach hätte bis zum Vorliegen einer Vorlage gewartet werden müssen. “

Motion Jakob Deppe: Mittagstische für alle Quartierschulhäuser in Schaffhausen

Kurt Zubler (SP):

“Wie bereits erläutert, beantragt die SP/AL-Fraktion eine Aufrechterhaltung dieser Motion. Es geht hier nicht um die Frage, was der SR zu tun gedenkt, wenn eine Gruppierung ein Zusatzangebot schaffen will, sondern die Forderung der Motion ist die Schaffung von Mittagstischen für alle Quartierschulhäuser. Zu dieser Frage soll der SR Bericht und Antrag erstatten.

Ich gehe gerne auf das Votum von Erwin Sutter bezüglich Fristeneinhaltung der Motionen ein und rufe Ihnen nochmals in Erinnerung, dass die Motion das *gewichtigste* Instrument unseres Rates ist. Wir sollten es nicht akzeptieren, wenn “flapsige” Antworten erfolgen. Ich rufe Sie deshalb auf, den gestellten Antrag auf Abschreibung abzulehnen, um das Instrument der Motion zu schützen, auch wenn Sie *inhaltlich* das Ziel der Motion nicht teilen.

Es ist auch nicht so, wie Walter Hotz erwähnt hat, dass es genügt, wenn der Schulreferent anschliessend die fehlenden Informationen *verbal* vorträgt. Wir dürfen dies nicht akzeptieren und müssen dem Instrument der Motion Sorge tragen. “

Theresia Derksen (CVP):

“Die Motion Jakob Deppe verlangt die Schaffung von Mittagstischen in allen Quartierschulhäusern der Stadt Schaffhausen. Es genügt deshalb nicht, einfach auf die Subventionsverordnung für familienergänzende Kinderbetreuung hinzuweisen, ohne aktiv das Ziel anzusteuern, um der Forderung der Motion nachzukommen. Deshalb unterstützen wir den Antrag von Kurt Zubler (SP). “

SR Urs Hunziker:

“Lassen Sie mich kurz den Hintergrund des Abschreibungsantrages seitens des Stadtrates erläutern. Wir haben bewusst mit der Subventionsverordnung für familienergänzende Kinderbetreuung eine Möglichkeit geschaffen, weitere Mittagstische einzurichten. In der damaligen Vorlage wurde hinreichend über sämtliche bestehenden Angebote sowie auch über die drei Mittagstische informiert. Wir sind der Meinung, dass genügend Detailinformation geliefert wurde und mit der Subventionsverordnung für familienergänzende Kinderbetreuung weitere Mittagstischplätze geschaffen werden können.

Im Vorfeld der heutigen Sitzung habe ich mich nach der Nachfrage bezüglich Mittagstischplätzen erkundigt, die für uns ein wichtiger Zeiger für die aktuelle Situation darstellt und über die es so kurz nach den Sommerferien schwierig ist, konkrete Aussagen zu machen, da sich die Situation zur Zeit laufend verändert :

Mittagstisch Breite: Je nach Wochentag 8 -18 Kinder, weitere Nachfrage besteht

Mittagstisch Zündelgut: 7-17 Kinder, Nachfrage ebenso vorhanden

Mittagstisch Steingut: Nachfrage eher gering, 4 - 8 Kinder

Seit Einreichen der Motion Jakob Deppe hat das Altersheim Schönbühl auf privater Basis ohne Unterstützung der Stadt einen Mittagstisch für Schülerinnen und Schüler mit 6 Plätzen pro Tag geschaffen, die belegt sind. Im Kinderhuus Dorf, das vom Kinderheimverein betrieben wird, bestehen 2-3 Plätze, die ausschliesslich als Mittagstischplätze belegt sind.

Erlauben Sie mir noch einen kurzen Ausblick, der Ihnen hoffentlich die Entscheidung erleichtern wird, unserem Antrag auf Abschreibung zu folgen. Zur Zeit sind wir einem Auftrag des GrSR folgend sehr intensiv an der Arbeit mit der Schulraumplanung, unter Miteinbezug entsprechender Einrichtungen für Tagesbetreuungen. Sie werden, sobald die Vorlage vorliegt, entscheiden können, wie weit der Ausbau unserer Schulhäuser gehen soll, ob wir wirklich in jedem Schulhaus ein tagesschulähnliches Angebot einrichten und ob wir uns dies auch leisten können, respektive wollen.

Im Übrigen wollen wir versuchen, ein weiteres Versprechen im Rahmen dieser Vorlage einzulösen. Anlässlich der Abstimmung bezüglich einer definitiven Fortführung der Tagesschule wurde den Stimmberechtigten versprochen, bei der nächstmöglichen Gelegenheit diese Tagesschule ins Zentrum zu verlegen. Die Überlegungen gehen dahin, dass sich der Stadtrat im Zusammenhang mit der Sanierung der Emmersbergturnhalle und einer bevorstehenden Hauswartpensionierung Gedanken bezüglich des zukünftigen Standortes dieser Tagesschule macht. Dann hätten wir tatsächlich die Forderung der Motion Jakob Deppe in allen Quartieren erfüllt. Ich möchte Sie daran erinnern, dass das Ziel des Stadtrates immer bedarfsgerechtes Handeln ist und nicht auf "Vorrat".

Urs Tanner (SP):

"Ich habe vor langen Jahren die Motion Subventionsverordnung durch den Rat gebracht und darum freue ich mich, zum zweiten Mal zu einer FDP-Motion zu sprechen. SR Urs Hunziker hat die Vorlage in der Schublade und hat uns soeben skizziert, was auf uns zukommen könnte. Somit muss die Motion nicht abgeschrieben werden. Vater und Mutter der Idee der Subventionsverordnung war es nicht, ein Gesetz zu machen, es in der Sammlung einzureihen, und danach sind alle glücklich. Es geht darum, etwas in Bewegung zu bringen. Damals war die FDP mit der Motion Jakob Deppe nicht ganz glücklich, obwohl sie später die Verordnung unterstützt und mitgetragen hat. Bericht und Antrag auf die überwiesene Motion Jakob Deppe liegt in der Schublade, und ich bitte Sie im Sinn der CVP/OeBS/SP/AL-Allianz, der Fristverlängerung zuzustimmen. "

Peter Neukomm (SP):

"Urs Tanner hat bereits einiges ausgeführt. Ich gehöre ebenfalls zu den "gebrannten Kindern" in dieser Frage. Meine Motion "Tagesschulen" hätte ja auch mit dem Verweis auf die Subventionsverordnung "gebodigt" werden sollen. Das Instrument der Subventionsverordnung scheint sich als Killerinstrument für alle bildungspolitischen Forderungen in diesem Ratssaal zu entwickeln. Ich möchte nochmals eindringlich - wie bereits auch von Kurt Zubler erwähnt - auf den Wortlaut

des Paragraphen 54 der Geschäftsordnung sowie auf den Wortlaut der Motion Jakob Deppe hinweisen und Sie bitten, sich zu überlegen, ob die gestellten Forderungen erfüllt sind und *anschliessend* entsprechend zu entscheiden. “

SR Urs Hunziker:

”Ganz kurz zum Votum von Urs Tanner (SP): Ich kann Sie beruhigen, die per 01.01.06 in Kraft getretene Subventionsverordnung hat tatsächlich bereits dafür gesorgt, dass in diesem Jahr weitere Kinderbetreuungsplätze einerseits in einer privaten Einrichtung auf dem Emmersberg und andererseits zusätzliche Plätze in der Kindertagesstätte der Stiftung Impuls geschaffen wurden. “

Urs Tanner (SP) stellt **Antrag auf Namensaufruf**.

Der **Ratspräsident** stellt fest, dass der Grosse Stadtrat diesem Antrag statt gibt.

Abstimmung

Der Grosse Stadtrat stimmt unter Namensaufruf mit **31 : 16 Stimmen, bei 3 Enthaltungen**, einer Fristverlängerung bis 31.12.07 zu.

Rainer Schmidig (EVP)

Votum

”Nachdem wir nun erfolgreich alle Motionen, die abgeschrieben werden sollten, verlängert haben, stelle ich Antrag auf Abschreiben meiner Motion: Änderung von Art. 50 der Stadtverfassung: Der Stadtschulrat. Wir haben in diesem Rat eine Vorlage verhandelt, angenommen und es ist eine Abstimmung darüber im Gange. Meine Motion kann deshalb abgeschrieben werden. “

Der **Ratspräsident** stellt fest, dass kein Gegenantrag gestellt wurde. Die Motion wird somit abgeschrieben.

Dr. Paul Bösch (OeBS) hält im Anschluss fest, dass keine weiteren Wortmeldungen verlangt werden.

DETAILBERATUNG

Der **1. Vizepräsident, Alfred Tappolet (SVP)**, verliest die anlässlich der Eintretensdebatte angepassten Anträge wie folgt:

ANTRÄGE

1. Der Grosse Stadtrat nimmt Kenntnis vom Bericht des Stadtrates über die hängigen Motionen vom 11. April 2006 und von den Anträgen der GPK vom 22. Juni 2006.

Kein Gegenantrag, so beschlossen.

2. Weiterzubehandeln sind mit Fristverlängerung gemäss *Paragraph 54 Abs. 2* der Geschäftsordnung die Motionen:

Heinz Sulzer betreffend Nutzungsplanung für das Gebiet der Altstadt,
Fristverlängerung bis 31.12.2007

Kein Gegenantrag, so beschlossen.

Herbert Bühl betreffend Schutz von Brandmauern, Fassaden und Dächern und der erhaltenswerten Bausubstanz in der Altstadtzone, Fristverlängerung bis 31.12.2007

Kein Gegenantrag, so beschlossen.

Bruno Merlo betreffend Finanzielle Entlastung der Stadt Schaffhausen, Fristverlängerung bis 31.12.2007

Kein Gegenantrag, so beschlossen.

Bernhard Egli betreffend Güterhof im Dornröschenschlaf, Fristverlängerung bis 31.12.2007

Kein Gegenantrag, so beschlossen.

Dr. Raphaël Rohner betreffend Reorganisation des Stadtschulrates, Fristverlängerung bis 31.12.2007

Kein Gegenantrag, so beschlossen.

Thomas Neukomm betreffend Gestaltung des öffentlichen Raumes, Fristverlängerung bis 31.12.2006

Kein Gegenantrag, so beschlossen.

Rolf Amstad betreffend Dorfzentrum Herblingen, Fristverlängerung bis 31.12.2007

Kein Gegenantrag, so beschlossen.

Dr. Raphaël Rohner betreffend Einführung des Postulates, Fristverlängerung bis 31.12.2007

Kein Gegenantrag, so beschlossen.

Dr. Raphaël Rohner betreffend Totalrevision des Polizeiverordnung der Stadt Schaffhausen, Fristverlängerung bis 31.12.2007

Kein Gegenantrag, so beschlossen.

Edgar Mittler betreffend City Card für Stadtschaffhauserinnen und Stadtschaffhauser, Fristverlängerung bis 31.12.2007

Kein Gegenantrag, so beschlossen.

Jakob Deppe betreffend Mittagstische für alle Quartierschulhäuser in Schaffhausen, Fristverlängerung bis 31.12.2007

Kein Gegenantrag, so beschlossen.

3. Weiterzubehandeln ist mit Fristverlängerung gemäss *Paragraph 54 Abs. 3* der Geschäftsordnung die Motion:

Peter Wullschleger betreffend gesunde und attraktive Finanzen, Fristverlängerung bis 31.12.2007

Kein Gegenantrag, so beschlossen.

4. Abgeschrieben wird gemäss *Paragraph 54 Abs. 3* der Geschäftsordnung die Motion Rainer Schmidig betreffend *Art. 50* der Stadtverfassung: Der Stadtschulrat.

Kein Gegenantrag, so beschlossen.

SCHLUSSABSTIMMUNG

Der Grosse Stadtrat heisst die Vorlage des Stadtrates vom 11. April 2006, die von der GPK mit Datum 22. Juni 2006 vorgeschlagenen Anträge sowie die in der Detailberatung abgeänderten Anträge in der Schlussabstimmung mit 47 : 0 Stimmen gut.

Das Geschäft ist erledigt.

**Traktandum 2 VdSR Eichenstrasse 1 bis 48, Alleeweg 16 und 17,
Aktualisierung der Baurechtsverträge durch
Neuabschlüsse****Rainer Schmidig (EVP)****Sprecher der GPK**

„Die vorliegende Baurechtsvorlage ist sehr ausführlich und somit kann ich mich kurz fassen, da ich davon ausgehe, dass sie alle gelesen und in den Fraktionen beraten haben.“

Im Zuge der Aktualisierung der Baurechtsvertragsverhältnisse wurden auch die Baurechte an der Eichenstrasse überprüft und sollen nun den Richtlinien zur Vergabe von Grundstücken im Baurecht vom 2. April 2002 angepasst werden.

Die Grundstücke an der Eichenstrasse wurden 1944 zur Förderung des Wohnungsbaus im Baurecht abgegeben. Dabei belegte man die Liegenschaften zur Erhaltung des gemeinschaftlichen Charakters der Überbauung mit einem Bauveränderungsverbot. 1984 wurden die Verträge in Bezug auf Landwert, Baurechtszins und Heimfallentschädigung erstmals angepasst. Das Bauveränderungsverbot wurde aber nicht gelockert.

In der nun vorgesehenen Aktualisierung sollen gewisse Veränderungen an den Häusern erlaubt werden. Die Liegenschaften sind mit 44 bis 50 m² Grundfläche sehr kleinräumig. Im Erdgeschoss soll deshalb ein Anbau oder Wintergarten ermöglicht werden, bei den Häusern 1 und 3, respektive 33 und 35, ist wegen des grösseren Umschwunges eine beidseitige Erweiterung möglich. Pro Liegenschaft können maximal zwei Fenster in französische Balkone umgestaltet werden.

Beim Abschluss der neuen Verträge werden die jeweiligen Werte für Landwert und Baurechtszins pro Objekt eingesetzt, unter Berücksichtigung der individuellen Liegenschaftserweiterung, wie aus der Seite 3 der Vorlage deutlich hervorgeht.

Die GPK hat die Vorlage in ihrer Sitzung vom 22. Juni 06 beraten und ihr ohne Änderung mit 5 : 0 Stimmen, bei zwei Abwesenheiten, zugestimmt.

Die **OeBS/EVP-Fraktion** wird ebenfalls auf die Vorlage eintreten und ihr zustimmen.

Mariann Keller (SP)**SP/AL-Fraktionserklärung**

„Ich kann mich den Voten meines Vorredners anschliessen. Dass sich Bedürfnisse bezüglich Wohnqualität und Raumangebot laufend ändern, ist uns allen bestens bekannt. Mit der geplanten Aktualisierung der Baurechtsverträge wird weder das einheitliche Erscheinungsbild, noch der gemeinschaftliche Charakter der Wohnsiedlung beeinträchtigt. Die Vorlage war von Seiten der SP/AL-Fraktion

entsprechend unbestritten. Ich kann Ihnen mitteilen, dass die SP/AL-Fraktion auf die Vorlage eintreten und den Anträgen zustimmen werden. “

Susanne Günter (FDP)

FDP/JFDP-Fraktionserklärung

”Die FDP/JFDP-Fraktion unterstützt die Anpassung der Baurechtsverträge für die zur Diskussion stehenden Liegenschaften. Eine Anpassung, respektive die Lockerung des Bauveränderungsverbot in den Verträgen sehen wir als Fortschritt in der Handhabung von Baurechtsverträgen. Es ist zu begrüßen, dass den Baurechtsnehmern die Möglichkeit geboten wird, eine flexiblere Gestaltung ihrer Liegenschaften zu realisieren. Speziell bei diesen Liegenschaften mit sehr kleinen Wohnverhältnissen von 44 - 50 m2 Grundfläche ist jeder Zentimeter, den man mehr nutzen kann, von Bedeutung. Gemäss Vertrag sind die Baurechtsnehmer dieser Siedlung weiterhin verpflichtet, sich an den bestehenden Charakter der Wohnsiedlung zu halten, jedoch kann der Traum für einen Wintergarten oder eine Erweiterung des Kellergeschosses erfüllt werden. Die weiteren Bestimmungen sind vom GPK-Sprecher Rainer Schmidig deutlich erwähnt worden. Die FDP/JFDP-Fraktion wird auf die Vorlage eintreten und ihr zustimmen. “

Alfred Zollinger (SVP)

SVP/JSVP/EDU-Fraktionserklärung

”Unsere Fraktion wird auf die Vorlage eintreten und ihr zustimmen. Gefreut hat uns an dieser Vorlage, dass das Bauveränderungsverbot gelockert wird, und die Baurechtsnehmer die Möglichkeit haben, davon Gebrauch zu machen oder nicht. “

SR Peter Käppler

Stellungnahme des Stadtrates

”Ich versuche, meine Stellungnahme so kurz zu halten, dass wir wieder einmal 3 Geschäfte an einer Grossstadtratssitzung behandeln können. Das Baudepartement steckt mitten im Anpassungsprozess sämtlicher Baurechte der Stadt Schaffhausen. Die Aktualisierung gemäss der Vorlage vom 16. Mai 06 hat sich aus verschiedenen Gründen (zum Beispiel Bauveränderungsverbot) verzögert. Es besteht ein grundsätzliches Interesse, das ursprüngliche Erscheinungsbild dieser Familiensiedlung, das charakteristisch für das Quartier Niklausen ist, zu bewahren. Auf der anderen Seite müssen wir dafür Sorge tragen, dass der Wohnraum weiterhin bewohnbar und nach wie vor attraktiv bleibt. Nachdem eine grosszügige Gartenanlage zu den Häusern gehört, möchten die Bewohnerinnen und Bewohner natürlich auch den Innenraum optimal nutzen können. Mit den Ihnen vorgeschlagenen Massnahmen wird in diesem Quartier weiterhin guter Wohnraum zur Verfügung stehen. Ich danke Ihnen für die gute Aufnahme.”

Der **Ratspräsident** stellt fest, dass keine weiteren Wortmeldungen verlangt werden und kein Antrag auf Nichteintreten gestellt wurde.

EINTRETEN ist somit beschlossen.

DETAILBERATUNG

Der **1. Vizepräsident, Alfred Tappolet (SVP)**, verliest die Seiten 1 - 7 sowie die Anträge und die Beilagen wie folgt:

ANTRÄGE

1. Der Grosse Stadtrat stimmt der Löschung der Baurechtsverträge der Liegenschaften Eichenstrasse 1 bis 48 und Alleeweg 16 und 17 und dem Abschluss neuer Baurechtsverträge gemäss den in der Vorlage des Stadtrates vom 16. Mai 2006 genannten Bedingungen zu.

Kein Gegenantrag, so beschlossen.

2. Bei jenen Baurechten, deren Berechtigte ihre Zustimmung zum Abschluss des neuen Vertrages nicht abgeben, behalten die bestehenden Verträge Gültigkeit.

Kein Gegenantrag, so beschlossen.

SCHLUSSABSTIMMUNG

Das Geschäft ist unbestritten, es findet keine Schlussabstimmung statt.

Das Geschäft ist erledigt.

Traktandum 3 Interpellation Theresia Derksen (CVP): Örtliche Zusammenlegung von Verwaltungsabteilungen

Theresia Derksen (CVP)

Begründung

„Die Amtsstellen in der Stadt Schaffhausen sind in rund zehn verschiedenen Liegenschaften untergebracht. Diese Liegenschaften findet man in der Vorstadt, am Fronwagplatz, an der Stadthausgasse und Krummgasse, in der Safrangasse, an der Münstergasse, in der Pfarrhofgasse, in der Oberstadt, die Verwaltungspolizei in der Beckenstube 1 und die Schulmaterialverwaltung der Stadt Schaffhausen in der Mühlenstrasse 184.

Auch wenn die Wege zu den Liegenschaften nicht allzu gross sind, sind doch gewisse Ortskenntnisse von Vorteil. Trotz Leitfaden – siehe Broschüre Info Schaffhausen – ist es nicht für alle Bürger einfach, die richtigen Ämter schnell und zielsicher zu finden.

Viele kantonale Amtsstellen sind ebenfalls in Liegenschaften in der Altstadt von Schaffhausen untergebracht. Der Bürger muss also wissen, ob er sich an eine städtische oder kantonale Amtsstelle wenden muss. Wenn jemand zum Beispiel nach dem Tiefbauamt oder dem Hochbauamt fragt, muss man nachfragen, ob sie oder er das kantonale oder städtische Amt meinen.

Zudem sind nicht alle städtischen Verwaltungsabteilungen für gehbehinderte Menschen gut erreichbar. Ein Treppenlift ist eine Notlösung – ideal wäre, wenn jedes Gebäude auch einen Behindertenparkplatz vor dem Haus hätte.

Die Amtsstellen der Stadt Schaffhausen sind teils in schönen Altstadt Häusern untergebracht, die sich wohl eher für einmaligen Wohnraum, als denn für Büroräumlichkeiten eignen würden.

Deshalb stellt sich die Frage, ob die Verwaltungsabteilungen - die sich als wirkungsvolles, kompetentes und kundenfreundliches Dienstleistungsunternehmen verstehen sollten - nicht aus den Altstadtliegenschaften ausgelagert und unter *einem*

Dach zusammengefasst werden könnten. Vielleicht käme ein einmaliger Kapitaleinsatz für ein solches Dienstleistungszentrum langfristig günstiger, als die wiederkehrenden Kosten für Unterhalt und Optimierungsversuche in den jetzigen Verwaltungsgebäuden.

Ich freue mich auf die Antwort des Stadtrates auf die Fragen der von der FDP/JFDP/CVP-Fraktion anfangs März eingereichten Interpellation und bin gespannt, ob sich der Stadtrat bereits Überlegungen zu einem Dienstleistungszentrum gemacht hat, das diesen Namen auch langfristig verdient oder ob er meint, dass es genügt, die einzelnen Verwaltungsabteilungen an zwei Standorten in der Altstadt unterzubringen.

Wie Sie inzwischen im Personal-Info von diesem Monat der Stadt Schaffhausen lesen können, plant der Stadtrat eine Zusammenfassung der Stadtverwaltungen an zwei Standorten. Damit will er die örtliche Zusammenführung der in der ganzen Stadt auf zehn Liegenschaften verteilten Dienststellen einleiten. Der Stadtrat verspricht sich damit eine erhöhte Kundenfreundlichkeit, effiziente Verwaltungsabläufe sowie Freistellung von Verwaltungsliegenschaften für Wohn- und Dienstleistungszwecke zu erreichen. Mit Letzterem soll die Stadt zusätzliche Einnahmen gewinnen, wie Peter Kämpfer schreibt.

Aufschluss über entsprechende Möglichkeiten im Bereich Stadthaus sollen die verschiedenen laufenden Projekte geben. In seinem Artikel erwähnt der Baureferent auch, dass mit dem Nutzungskonzept für das Stadthausgeviert nicht nur die Büroflächen, sondern auch die Disponierung der Neben- und Verkehrsflächen im neuen Verwaltungszentrum ausgewiesen werden soll.

Er sieht im neuen „Stadthaus“ als zentralen Punkt eine Anlaufstelle für die Bürgerinnen und Bürger vor. Das Ziel, eine einzige Anlaufstelle für die Anliegen der Einwohnerinnen und Einwohner der Stadt im Zentrum zu finden, finde ich lobenswert.

Bleibt aber noch die dritte Frage meiner Interpellation: *Prüft der Stadtrat auch die Möglichkeit einer städtischen Anlaufstelle nördlich des Bahnhofs (Areal Bleiche), wo ein städtisches Dienstleistungszentrum für die Bürgerinnen und Bürger verkehrstechnisch am besten zu erreichen wäre, sei es mit dem öffentlichen oder privaten Verkehrsmittel?*

Ich denke da vor allem an das Parkplatzproblem in der Altstadt, wo die Parkplätze für die Geschäfte existenziell sind. “

SR Peter Kämpfer

Stellungnahme des Stadtrates

„Ich danke der Interpellantin Theresia Derksen (CVP) für ihre Ausführungen und freue mich, Gelegenheit zu haben, Stellung zu diesen interessanten Projekten zu nehmen.

Mit ihrem Anliegen rennt Theresia Derksen (CVP) quasi offene Türen ein, denn in den Legislaturzielen des Stadtrates für die Amtsperiode 2005 - 2008, erstellt anlässlich der Klausurtagung des Stadtrates am 18./19. Januar 2005, ist folgendes Ziel nachzulesen:

Die Zusammenfassung der Stadtverwaltung an zwei Standorten ist eingeleitet

(Stadthausgeviert und Ergänzungsgebiet).

Damit wäre in groben Zügen eigentlich schon vieles gesagt. Der SR freut sich, dass er aufgrund der Interpellation die Gelegenheit hat, ihnen dieses Ziel näher zu erläutern.

Die stadträtlichen Ziele einer örtlichen Zusammenführung der städtischen Verwaltung decken sich mit den Feststellungen der Interpellantin und lassen sich mit den Stichworten Kundenfreundlichkeit, Optimierung von Verwaltungsabläufen und Freistellung von Verwaltungsliegenschaften umschreiben.

Tatsächlich ist die städtische Verwaltung (sieht man einmal ab von den eigenständigen Betrieben wie den Werken, Verkehrsbetrieben oder den aus anderen Gründen an ihre Örtlichkeit gebundenen Betriebe, wie etwa die Stadtgärtnerei, das Museum und die Bibliothek) derzeit auf 10 Liegenschaften innerhalb der Altstadt verteilt.

Bereits 2004, anlässlich der dem Stadtrat periodisch vom Baureferat vorgelegten Übersicht über die sogenannten entbehrlichen Liegenschaften, hielt dieser fest, dass kurz- bis mittelfristig die städtischen Liegenschaften "Wasserquelle" (Vordergasse 26), "Grosses Haus" (Fronwagplatz) und "Ritter" (Vordergasse) von der Verwaltungsnutzung zu entlasten sind und für Wohnnutzungen zur Verfügung gestellt werden sollen. Diese Absicht erhält derzeit indirekt Unterstützung, da sich die Auflösung von Mietverhältnissen im "Eckstein" (ehemaligen Stadtpolizei, wo der Kanton eingemietet ist) und im "Grossen Haus" abzeichnen und die Freistellung der bis anhin durch das MKS genutzte Liegenschaften an der Rosengasse, respektive am Münsterplatz neue Möglichkeiten eröffnen.

Zur Zeit laufen in der Verwaltung verschiedene Projekte, welche uns bis Ende Jahr Aufschluss über die Möglichkeiten der zu realisierenden Flächen im Bereich Stadthaus, über die zu tätigen Investitionen und auch den notwendigen Raumbedarf geben werden.

Projekt Nutzungskonzept für das Stadthausgeviert:

Mit dem bevorstehenden Auszug der Verwaltungspolizei kann für das zukünftige Verwaltungszentrum über alle Gebäude im Geviert Safrangasse, Platz, Krummgasse, Stadthausgasse disponiert werden. Mit einer Studie wird ein Nutzungskonzept für das Gebiet erstellt, daraus ablesbar sind die realisierbaren Büroflächen, aber auch die Disponierung der Neben- und Verkehrsflächen. Dank neuer Konzipierung der Raumeinteilungen kann der Büroflächenbedarf markant gesenkt werden, ohne dass eine Komforteinbusse für die Mitarbeitenden der Verwaltung entsteht.

Zentraler Punkt des neuen "Stadthauses" wird das Stadtbüro. Dieses soll zentrale Anlaufstelle für die KundInnen unserer Stadt sein. Ziel ist es darum, dass bei der Platzierung von Büros prioritär jene mit einem direkten Kundenbezug im Stadthausgeviert angesiedelt werden.

Der Stadtrat will somit erreichen, dass sich die BürgerInnen der Stadt einfach orientieren können und eine Anlaufstelle für ihre Anliegen bei der Stadt im Zentrum haben. Wir möchten unseren KundInnen ein gut erreichbares Stadtbüro in der Altstadt bieten und sie nicht „in den Wald“ schicken.

Das Projekt Werkhof:

Im Zusammenhang mit den Überlegungen, dass das kantonale und städtische Tiefbauamt einen gemeinsamen Werkhof betreiben sollen, werden momentan zwei Varianten geprüft. Einerseits die Zusammenlegung der Werkhöfe der beiden TBA, andererseits die Errichtung eines städtischen Werkhofes für alle betroffenen Abteilungen an einem noch zu definierenden Ort.

Nach Abschluss dieser Projekte, kann der zukünftige Raum- und Finanzbedarf abgeschätzt werden, und wir werden dem Parlament die entsprechenden Vorlagen zukommen lassen. Dann wird auch abschätzbar sein, wie gross der Bedarf für einen zweiten Standort ausserhalb der Altstadt sein wird.

Die von der Interpellantin gestellten Fragen kann Ihnen der Stadtrat wie folgt beantworten:

Frage 1: Sieht der Stadtrat Möglichkeiten städtische Verwaltungsabteilungen aus Altstadtliegenschaften auszulagern, damit in Zukunft die Liegenschaften in der Altstadt als einmaliger Wohnraum genutzt werden können?

Wie eingangs ausgeführt, entspricht dieser Vorschlag bereits einem Legislaturziel des Stadtrates. Bei der periodischen Überprüfung des städtischen Immobilienportefeuilles entscheidet der Stadtrat zudem immer wieder neu über die weitere Verwendung von städtischen Liegenschaften, insbesondere auch über die selbst genutzten Verwaltungsliegenschaften. Primäres Ziel ist wie erwähnt, die Konzentration der städtischen Verwaltung innerhalb des Stadthausgeviertes um dadurch die frei werdenden Altstadtliegenschaften der Wohnnutzung zuzuführen.

Frage 2: Wurde schon einmal eine örtliche Zusammenlegung von Verwaltungsabteilungen geprüft?

Solche Prüfungen wurden in der Vergangenheit schon öfters vorgenommen. Aktuell werden die vorgängig geschilderten Projekte ausgearbeitet.

Frage 3: Ist der Stadtrat bereit, eine Möglichkeit nördlich des Bahnhof zu prüfen (Areal Bleiche), das heisst: Kann sich der Stadtrat vorstellen, dass die Stadt Schaffhausen bei den Investoren als Mieterin oder Stockwerkeigentümerin auftreten wird, um verstreute Verwaltungsabteilungen in ein Dienstleistungszentrum zu verlegen.

Auch diese für die Interpellantin als sehr interessant eingestufte Frage hat der Stadtrat schon vor geraumer Zeit geprüft und sich mit diesem Gedanken eingehend befasst. Die Antwort dazu geht klar aus dem Legislaturziel "Zusammenfassung der Stadtverwaltung an zwei Standorten, Stadthausgeviert und Ergänzungsgebiet" hervor. Dass mit Ergänzungsgebiet insbesondere die Gebiete "hinter" dem Bahnhof gemeint sind, ist ebenfalls klar. Ob dies nun aber das Areal Landhaus, das Areal Bleiche oder der Komplex Stahlgiesserei sein wird, ist noch völlig offen und hängt von den Resultaten des Projektes ab.

Wenn ein zweiter Verwaltungsstandort im Ergänzungsgebiet der Altstadt erforderlich wird, so achtet der Stadtrat darauf, dass damit auch entsprechende Synergien erreicht werden können, sei dies intern oder extern.

Schlussbemerkungen

Der Stadtrat überprüft laufend den städtischen Immobilienbestand und entscheidet

periodisch, welche Liegenschaften als betriebsnotwendig oder als entbehrlich taxiert werden können. Wie dargelegt, können kurz- und mittelfristig drei städtische Altstadtliegenschaften frei gespielt und der Wohnnutzung zugeführt werden, weitere werden folgen.

Die Interpellation unterstützt in diesem Sinne die diesbezüglichen Absichten und Bestrebungen des Stadtrates. Der Stadtrat ist überzeugt, dass mit der Umsetzung dieses Zieles eine verbesserte Kundenfreundlichkeit und auch Einsparungen erzielt werden können.

Wir danken Ihnen aber auch jetzt schon für die Unterstützung des Stadtrates, wenn es dann um die Bewilligung der notwendigen Kredite für diese Massnahmen geht. “

Der **Ratspräsident** stellt fest, dass der Rat **keine Diskussion** wünscht.

Theresia Derksen (CVP)

Schlusswort

”Ich möchte mich für die Stellungnahme bedanken. Was mich noch zusätzlich interessiert hätte, ist die für mich weiterhin offene Frage bezüglich der Anzahl der Parkplätze in der Altstadt, welche für mich nicht umfangreich genug beantwortet wurde. Die Altstadtgeschäfte sind auch in Zukunft für ihre Kundschaft auf jeden Parkplatz angewiesen.“

Das Geschäft ist erledigt.

SCHLUSSWORT DES PRÄSIDENTEN

Dr. Paul Bösch (OeBS) geht davon aus, dass Traktandum 4 eine rege und vermutlich längere Diskussion zur Folge haben wird und verzichtet deshalb auf eine Debatte.

Zusammensetzung der SPK VdSR Einführung WoV-Betrieb nach den Bedürfnissen der Stadt Schaffhausen:

FDP/JFDP:	Christian Bächtold, Martin Egger, Thomas Hauser, Dr. Raphaël Rohner
SVP/JSVP/EDU:	Paul Dill, Werner Schöni, Dr. Cornelia Stamm Hurter, Erwin Sutter
SP/AL:	Urs Fürer, Christoph Lenz, Peter Neukomm, Christoph Schlatter, Kurt Zubler
OeBS/EVP:	Bernhard Egli, Rainer Schmidig

Einladende Fraktion: FDP/JFDP. Wegen Abwesenheit des Stadtpräsidenten wird der SPK-Präsident Martin Egger zu einem späteren Zeitpunkt den ersten Sitzungstermin vereinbaren und möglichst auf dem elektronischen Weg allen mitteilen. Allenfalls wird die Terminvereinbarung anlässlich der nächsten Ratssitzung stattfinden.

Während der Sitzung wurde folgender neue *Vorstoss* eingereicht:

Interpellation Peter Möller (SP): Schwimmunterricht an den Stadtschaffhauser

Schulen mit Datum 22.08.06. Diese Interpellation wird auf der nächsten Traktandenliste erscheinen.

Der **Ratspräsident** beendet die Sitzung um 19:14 Uhr.

Die Ratssekretärin:

Gabriele Behring-Hirt

Schaffhausen, 29.08.06